

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Auer Erzgebirge. Fernsprecher 22. Für unerlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 253

Dienstag, den 29. Oktober 1918

13. Jahrgang

### Oesterreich-Ungarn und die Türkei auf dem Wege zum Sonderfrieden.

Die österreichisch-ungarische Note an Wilson. Die schwierige Lage in Ungarn. Straßenkämpfe in Budapest. Große Erregung in Prag. In Erwartung der Ententeantwort an Deutschland. — Der Nachfolger Ludendorffs. — Wiedereröffnung der Sächsischen Kammer.

#### Sonderfriedensverhandlungen Oesterreich-Ungarns und der Türkei.

Oesterreich-Ungarns Antwort an Wilson.

Was wir in Deutschland, seitdem es in Oesterreich-Ungarn drunter und drüber geht und die ablehnende Haltung der Monarchie auseinander zu fallen droht, beklagten und erwarteten, ist eingetreten. Der neue ungarische Minister des Aeußeren, Graf Andrássy, ein Nachkomme jenes Grafen Andrássy, der mit Bismarck 1879 das Bündnis mit Deutschland schloß, hat den Feinden einen Sonderfrieden angeboten. Aus Wien wird darüber gemeldet:

Der Minister des Aeußeren, Graf Andrássy, hat den österreichisch-ungarischen Gesandten in Stockholm beauftragt, die königlich schwedische Regierung zu ersuchen, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nachstehende Antwort auf deren Note vom 18. d. M. zu übermitteln:

In Beantwortung der an die österreichisch-ungarische Regierung gerichteten Note des Herrn Präsidenten Wilson vom 18. d. M. und im Sinne des Entschlusses des Herrn Präsidenten, mit Oesterreich-Ungarn abgesehen über die Frage des Waffenstillstandes und des Friedens zu sprechen, bezieht sich die österreichisch-ungarische Regierung zu erklären, daß sie, ebenso wie den früheren Kundgebungen des Herrn Präsidenten, auch seiner in der letzten Note enthaltenen Auffassung über die Rechte der Völker in Oesterreich-Ungarn, speziell über jene der Tschechen, Slowaken und der Jungslaven zustimmt.

Da so Oesterreich-Ungarn sämtliche Bedingungen angenommen hat, von denen der Herr Präsident den Eintritt in die Verhandlungen über einen Waffenstillstand und den Frieden abhängig gemacht hat, sieht nach Ansicht der österreichisch-ungarischen Regierung dem Beginn dieser Verhandlungen nichts mehr im Wege. Die österreichisch-ungarische Regierung erklärt sich daher bereit, ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten, in Verhandlungen über einen Frieden zwischen Oesterreich-Ungarn und den gegnerischen Staaten und über einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten Oesterreich-Ungarns einzutreten und bittet den Herrn Präsidenten Wilson, die diesfälligen Einleitungen treffen zu wollen.

Man muß also mit der Tatsache eines österreichisch-ungarischen Sonderfriedens rechnen, worauf auch schon das Programm des neuen Außenministers hindeutet. Es hat wenig Zweck, den Gründen dieses Vorgehens nachzugehen, aber so viel kann man wohl sagen, daß ungarischer Einfluß zweifellos im Spiele ist. Vielleicht gibt sich auch die österreichische Regierung der Hoffnung hin, daß sie durch diese Politik die Führung der Verhandlungen in der Hand behalten kann entgegen den Wünschen der einzelnen Nationalitäten, die alle für sich verhandeln wollen. Die Frage, ob Oesterreich-Ungarn bei Sonderverhandlungen besser fährt, als wenn es gemeinsam mit Deutschland am Verhandlungstisch sitzt, ist entschieden zu verneinen. Ein geschlossenes Auftreten mit Deutschland wäre der Nachbarmonarchie zweifellos nützlicher. Andererseits entfallen durch diesen Schritt unseres Verbündeten für Deutschland mancherlei Rücksichten, die uns bisher banden, und die Interessen unserer Stammesgenossen in Oesterreich treten für uns in den Vordergrund. Im Augenblick allerdings wird uns die gefährliche Lage, in der wir uns befinden, mit aller Schärfe vor die Augen gestellt. Ganz isoliert muß die Regierung auf die feste Haltung aller Volkskräfte rechnen. Deshalb besteht mit jedem inneren Schritt, größte Geschlossenheit tut not!

#### Der Sonderfrieden der Türkei.

Aber auch die Türkei scheint nicht mehr warten zu können und zu wollen. Auch auf ihre Wüßhelligkeit mußte man gefaßt sein. Jetzt wird aus Konstantinopel gemeldet:

Das Konstantinopler Blatt „Alifham“ meldete von berufener Seite, daß offizielle Verhandlungen der Türkei mit der Entente begonnen hätten. Delegierte seien mit General Townshend abgereist. Die Nachricht beschäftigte die Presse und wird meist in anerkennendem Sinne besprochen. In den bekanntgegebenen Bedingungen erklärt „Tanin“ dagegen, alle derartigen Nachrichten aus offizieller Quelle seien reine Vermutungen. Wahr scheint zu sein, daß Verhandlungen inoffiziell eingeleitet sind. Eine feindliche Gegendärung ist eingelaufen. „Tanin“ erklärt, man könne nur versuchen, daß die offiziellen Kreise hoffnungsvoll gestimmt seien. Nach vorliegenden Aeußerungen scheint man zu wünschen, daß die Meerengen geöffnet werden und die Flotte einfahre, ohne, bis auf eine kleine Wache zur Ueberwachung der Demobilisation, eine Landung zu unternehmen. Das Blatt „Sabah“ begrüßt es, daß die Türkei ihr Schicksal von dem Deutschland getrennt habe und verlangt ein sofortiges Ausschneiden des deutschen Militärs aus dem türkischen Heere.

So wird also Deutschland bald ganz allein auf sich gestellt sein. Das wird uns Kraft verleihen, dem Ansturm der vereinigten Feinde erst recht standzuhalten!

#### Weitere Vorgänge in Oesterreich-Ungarn.

Hofrat Dammasch österreichischer Ministerpräsident.

Kaiser Karl hat mit Handschreiben vom 27. d. M. die Demission des Ministeriums v. Hussarek angenommen und den Hofrat Dammasch zum Ministerpräsidenten ernannt. Hofrat Dammasch hat seine Kabinettsbildung beendet. Er übernimmt das Ministerpräsidentium, und im übrigen treten in dem Kabinett folgende Veränderungen ein: An Stelle des jetzigen Landesverteidigungsministers Generals v. Gapp tritt der Sektionschef in diesem Ministerium Feldmarschall-Eutnant Lehner. Das Justizministerium übernimmt an Stelle Schavers der bisherige Präsident des Wiener Oberlandesgerichts v. Bittorelli. Das Ministerium für soziale Fürsorge übernimmt an Stelle Dr. Watajas der Professor der Moralphilologie an der Wiener Universität Vater Seipel. An Stelle des Polen-Abteils tritt als Unterrichtsminister der Sektionschef in diesem Ministerium Dr. Hampel. Das Finanzministerium übernimmt an Stelle Wimmers der Abgeordnete Dr. Josef Rablitz. Es bleibt der polnische Handelsminister v. Dalecki. Das neue Ministerium wird sich heute, Dienstag, dem Parlament vorstellen. Freiherr v. Hussarek erhält das Großkreuz des Stephans-Ordens.

Tschechische Namassung.

Die Wiener Blätter bringen bemerkenswerte Aeußerungen der tschechischen Presse über die tschechischen Ansprüche auf von Deutschen bewohnte Gebiete. So wendet sich „Morobni List“ scharf gegen eine Unterwerfung Deutsch-Böhmens an das Deutsche Reich. — Das agrarische Blatt „Vecer“ fordert sogar die Einziehung Nieder-Oesterreichs bis zur Donau einschließl. Wiens in den tschechischen Staat (!) mit der Begründung, daß die Tschechen in Nieder-Oesterreich keine Insel bilden könnten, weil das jetzige Nieder-Oesterreich früher böhmisches Gebiet gewesen sei und die Mehrzahl der Bewohner Wiens unmittelbar oder durch ihre Eltern aus Böhmen oder Mähren stammten. (!) „Vecer“ fordert ein Blatt den Anschluß Preussisch-Schlesiens (!) als untrennbaren Teil des nationalen Programms. Einige tschechische Blätter wenden sich auch gegen die Uebernahme eines Anteils der österreichischen Staatsschuld durch die Tschechen.

Und dem österreichischen Abgeordnetenhaus. Im Abgeordnetenhaus erklärte Conci namens der neugegründeten italienischen Nationalvertretung Fascio Nazionale, daß die Mitglieder dieser Vereinigung Verhandlungen mit der Regierung oder den Vertretern der österreichischen Nationalitäten über die Umgestaltung des Staates ablehnen. Der italienische Sozialdemokrat Pitoni begrüßte den Beschluß des deutsch-österreichischen Volkswirtschaftsausschusses, mit den anderen Nationalitäten in Verbindung zu treten. Ein Triester Sozialdemokrat verlangte, daß Triest vereinigt mit dem italienischen Gebiet Istriens und Friauls unter dem Schutze des Völkerbundes unabhängig sei. Der Abgeordnete Bugatto beansprucht Selbstbestimmung für Friaul. Graf Darbo verlangte Anschluß der deutschen Sprachinsel Gotschee in Krain an Deutsch-Oesterreich.

Die Vorgänge in Prag.

Wie die Budapester Blätter melden, verhandelt Graf Michael Karolyi in Wien mit dem österreichischen Ministerpräsidenten Dammasch, doch konnte keine Uebereinstimmung erzielt werden. Auch soll angeblich Minister des Aeußeren Graf Andrássy Bedenken gegen die Betrauung Karolyis als ungarischen Ministerpräsidenten erhoben haben, weshalb die Ernennung Karolyis unterblieben ist.

Ein Verkränkungsmann des Kaisers.

König Karl hat den Grafen Joseph zum homo Regius ernannt und den Grafen damit betraut, mit den führenden Männern des politischen Lebens in Friaul zu treten, um über den Weg zu verhandeln, welcher eine Lösung der Krise in Ungarn ermöglicht.

#### Die Friedensfrage.

In Erwartung der Antwort Wilsons.

Sämtliche Reichstagsfraktionen haben ihre Mitglieder für Mittwoch vormittags zu neuen Fraktionsitzungen einberufen. Man erwartet bis dahin das Vorliegen einer Antwort aus Washington über die Waffenstillstandsbedingungen.

Die „Times“ über die Waffenstillstandsverhandlungen.

Die Londoner „Times“ schreiben: Die deutsche Note versucht, den Willkürten die Initiative ihrer Vorschläge zum Waffenstillstand aufzuerlegen und zeigt damit eine falsche Auffassung der Sachlage. Die Korrespondenz ist geschlossen. Jetzt müssen die Deutschen an die Führer der Heere und Flotte, insbesondere an Hoch und Beatty, mit einem formellen Ersuchen um einen Waffenstillstand herantreten. Die Bedingungen des Waffenstillstandes und des Friedens müssen von uns selbst unabänderlich geregelt werden, ehe wir mit dem Feinde verhandeln.

Polnische Verhandlungen.

Die Krakauer Blätter geben Mitteilungen polnischer Politiker in der Schweiz wieder, nach welchen die Entente darauf bestanden würde, daß Deutschland vor dem Beginn der Friedensverhandlungen alle polnischen Landesteile mit Danzig räume. (!) Diese Gebiete sollen mit polnisch-amerikanischen Divisionen besetzt werden.

Lloyd George und Balfour in Frankreich.

Wie Reuter meldet, haben Lloyd George und Balfour, begleitet von Marine- und Militärattachés, sich nach Frankreich begeben. Reuter fügt hinzu, er habe erfahren, daß die Entente die Waffenstillstandsbedingungen erst nach Beantwortung der letzten Wilson-Note durch Deutschland bekanntgeben würde.

Wilson schafft keine Hindernisse.

Die Wiener „Neua Waka“ schreibt: Wilson schafft immer neue Hindernisse. Die imperialistischen Kreise Frankreichs und Englands sind beauftragt von den anglofranzösischen Eroberern und suchen die Friedensfrage zu erstickten. Mit jedem weiteren Tage gleitet die Welt dem Abgrund entgegen, in dem die Menschheitskultur untergehen kann. Angesichts einer zunehmenden Gefahr brennt sich das Raubtier der Feindschaft. Die heutigen Menschen denken offenbar anders.

...ste, Man-  
...gen. Nur  
...trot  
...zusammen  
...unserer  
...heit?  
...aber die  
...Verfassung,  
...laube, er-  
...der gebel-  
...tung waren  
...ten nicht  
...mitge-  
...Beratungen  
...erfrich-  
...je Haltung  
...zurückzu-  
...der Rück-  
...dürften da-  
...Kammer  
...daß die  
...immerrech-  
...für Wahl-  
...lt werden,  
...Reformen  
...dem Aus-  
...der Par-  
...herzog  
...schon bei  
...en engeren  
...mehr stets  
...n, von de-  
...das Ber-  
...sich  
...ngen nicht  
...gnetes Be-  
...auch von  
...Röze-  
...um hat  
...freizuma-  
...tritt des  
...wurde  
...gelehnt.  
...innen  
...en  
...dhen  
...gänge  
...Simon  
...ter  
...mer.  
...hen  
...recht.  
...Kammer,  
...Hotel Blauer  
...uf. Antlats-  
...vormittags  
...Wahl, Die-  
...Fernruf 222.  
...gzwelte.  
...min Witthor  
...auchenbare)  
...auger,  
...ung,  
...nerplatz.